

Auflage 1

Oberbürgermeister, Rathaus, Postfach 3309, 38023 Braunschweig

Herrn Bundesminister  
Dr. Thomas de Maizière  
Bundesministerium des Innern  
Alt-Moabit 101D  
10559 Berlin

Telefon: 0531 470-2200  
Fax: 0531 470-4075  
E-Mail: obm@braunschweig.de

Tag:  
6. April 2010

## Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

im Rat der Stadt Braunschweig ist ein kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten intensiv erörtert worden. Im Zuge dieser Beratungen hat der Rat mit Mehrheit in seiner Sitzung am 16. Februar 2010 folgenden Beschluss gefasst, den ich Ihnen auf Bitte des Rates der Stadt Braunschweig übermittele:

*„Der Rat der Stadt Braunschweig begrüßt die Resolution der Bürgermitglieder im Ausschuss für Integrationsfragen und unterstützt das darin geäußerte Anliegen, ein kommunales Wahlrecht auch für Menschen aus Nicht-EU-Staaten zu ermöglichen. Die Verwaltung wird darum gebeten, diese Resolution auch im Namen des Rates der Stadt Braunschweig an die zuständigen Stellen auf Bundesebene weiterzuleiten. Der Rat der Stadt Braunschweig bittet den Gesetzgeber in diesem Zusammenhang darum, bei der Neufassung oder Änderung bestehender Gesetze Mindestanforderungen in Bezug auf die Aufenthaltsdauer und Sprachkenntnisse der Migrantinnen und Migranten festzuschreiben, die in Zukunft von einer solchen Regelung profitieren können.“*

Den dem Beschluss zugrunde liegenden Antrag füge ich als Anlage bei.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Hoffmann